



**KREISJUGENDRING
MÜNCHEN-STADT**

IM BAYERISCHEN JUGENDRING
KÖRPERSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS

Aktuelle (jugend-)politische Themen beeinflussen die Arbeit in den Jugendverbänden und Einrichtungen des Kreisjugendring München-Stadt. Mit den „KJR-POSITIONEN“ bezieht der Vorstand Stellung zu Themen, die für die Kinder- und Jugendarbeit relevant sind.

Kinder und Jugendliche auch in Krisenzeiten nicht vergessen

Als Zusammenschluss Münchner Jugendverbände, Träger Offener Kinder- und Jugendarbeit, Kindertageseinrichtungen und verschiedenen Formen von Schulkooperationen sowie weiteren Projekten sind wir uns unserer Verantwortung für den Schutz und das Wohl von Kindern und Jugendlichen bewusst. Dies gilt auch in der aktuellen Situation der Corona-Pandemie. Wir haben umgehend unsere Einrichtungen geschlossen und Veranstaltungen jeder Art abgesagt. Wir haben in kurzer Zeit alternative Angebotsformen entwickelt und halten so Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen, sind in der Schulsozialarbeit für sie da und organisieren Notbetreuung unter wechselnden Bedingungen in unseren Kindertageseinrichtungen. Das für junge Menschen Wichtigste aber, der direkte soziale Kontakt, der auch einen essentiellen Beitrag für die psychische Gesundheit darstellt, ist kaum möglich. Eine ganze Reihe von ihnen können wir deshalb aktuell nicht oder nur schwer erreichen. Und damit bleiben viele derjenigen außen vor, die zur verletzlichsten Gruppe der Gesellschaft gehören und keine (finanziell) wirkmächtigen Lobbygruppen im Rücken haben: die Kinder und Jugendlichen.

Die UN-Kinderrechtskonvention gilt auch in der Krise

Die Einschränkungen von Grund- und Freiheitsrechten betreffen alle Menschen, Kinder und Jugendliche aber deutlich intensiver als Erwachsene. Sie müssen stärker verzichten, je jünger desto mehr: Soziale Kontakte waren ihnen lange verwehrt und sind ihnen auch aktuell oft ohne Begleitung Erwachsener nicht möglich, Bewegung außerhalb der eigenen Wohnung ebenso. Während der Großteil der Erwachsenen seiner beruflichen Tätigkeit weiter nachgeht – auch in Berufen, die in der aktuellen Situation nicht „systemrelevant“ sind –, wurden die Schulen und Kitas früh geschlossen und werden spät geöffnet. Junge Menschen sind in dieser Krise stärker sozial isoliert (mit möglicherweise einschneidenden Folgen für das Kindeswohl) als Erwachsene und ihre berechtigten Bedarfe und Interessen finden in der aktuellen Debatte kaum

KJR-POSITION

Gehör. Gilt in der Krise die UN-Kinderrechtskonvention, die umfassende Beteiligungsrechte von Minderjährigen und Beteiligungspflichten des Staates regelt, plötzlich nicht mehr? Das ist für uns nicht hinnehmbar!

Während schon sehr früh in der Auseinandersetzung über mögliche Lockerungen mit ganz unterschiedlichen Interessensvertretungen gesprochen wurde, wurden junge Menschen weder gefragt noch ihr Wohl und ihre Interessen in der Diskussion überhaupt erwähnt. Ihre Sichtweise ist nicht von öffentlichem Interesse.

Unser Maßstab für jede Lockerung in dieser Pandemie ist das Gemeinwohl! Es geht darum, das Zusammenleben so zu organisieren, dass Grund- und Freiheitsrechte gewahrt, Gesundheit, Leben und Umwelt geschützt, soziale Kontakte immer stärker ermöglicht werden. Die durch den Shutdown entstandenen Bildungsungerechtigkeiten müssen so schnell wie möglich abgebaut, soziale und ökonomische Notsituationen ausgeglichen, ein wirtschaftlicher Zusammenbruch verhindert und bei all dem immer und zuallererst die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Profitinteressen einzelner Branchen oder Organisationen, die im Zweifel dazu führen, dass die Gesundheit des großen Rests der Bevölkerung leidet, sind für uns kein Maßstab.

Deswegen machen uns die Schwerpunkte der Lockerungsdiskussionen der letzten Wochen wütend: Geisterspiele in der Bundesliga (mit wöchentlichen aufwendigen Testungen) tragen zum Gemeinwohl weniger bei als die Öffnung von Spielplätzen. Frühzeitig geöffnete Autohäuser stützen die Grundrechte nicht stärker als die Versammlungsfreiheit im öffentlichen Raum, Kaufanreize für neue Automobile bauen Bildungsungerechtigkeiten weit weniger ab als Notebooks für alle Schüler*innen während des monatelangen Home-Schoolings. Staatliche Boni für große Konzerne geben unserer Gesellschaft kein menschlicheres Gesicht, wenn wir es gleichzeitig nicht schaffen, Kinder aus den unmenschlichen Zuständen in griechischen Flüchtlingslagern nach Deutschland zu bringen.

Forderungen und Grundsätze des Kreisjugendring München-Stadt

Die Corona-Pandemie wird unser Leben noch viele Monate beschäftigen, wir müssen vermutlich noch lange mit einem Auf und Ab der Infektionszahlen und einer Anpassung der Maßnahmen umgehen. Deswegen formulieren wir aus den Erfahrungen der ersten Phase aus unserer Sicht wichtige Grundsätze und Forderungen für die Zeit in und nach der Pandemie:

- Politische Diskussionen um Strategien und Abwägungsprozesse zu Einschränkungen oder Lockerungen müssen auf allen Ebenen öffentlich und mit **allen** gesellschaftlichen Akteuren geführt werden. Kinder und Jugendliche sind hier von Anfang an einzubeziehen. Die speziellen Bedarfe unterschiedlicher Gruppen (bspw. junge Menschen mit Beeinträchtigungen, LGBTIQ-Jugendliche, junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen oder junge Geflüchtete in Unterkünften) müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Die UN-Kinderrechtskonvention und der Kinderschutz gelten auch in Krisenzeiten!

- Von Politik und Medien muss ein ausgewogenes Bild junger Menschen vermittelt werden. Sie sind weder Auflagen missachtende Egoisten noch Viren verbreitende Gefahrenquellen. Wir verurteilen die Denunziation von jungen Menschen, die (angeblich) im öffentlichen Raum Abstandsregeln nicht einhalten. Kinder und Jugendlichen brauchen für ein gelingendes Aufwachsen Kontakt zu Gleichaltrigen, sie brauchen die Möglichkeit zu Bewegung und Spiel im öffentlichen Raum. Wenn Kitas, Schulen, Sportvereine und Spielplätze gesperrt sind, ist eine Anzeige bei der Polizei der falsche Weg.
- Beratungsgremien müssen die gesamte gesellschaftliche Breite widerspiegeln. Sie dürfen nicht nur mit Vertretungen aus Wissenschaft, Medizin und Wirtschaft besetzt sein, sondern auch mit Vertretungen bspw. der Jugendarbeit und Jugendhilfe. Dies kann auch neue Maßstäbe für ein gesellschaftliches Miteinander nach Corona setzen. Auf kommunaler Ebene sind wir zur Mitwirkung bereit.
- Gerade junge Menschen brauchen sichtbare Perspektiven. Je jünger sie sind, desto schwerer können sie Maßnahmen, die für sie kein absehbares Ende haben, begreifen. Es ist wichtig, auch Kinder und Jugendliche als vernünftig handelnde Wesen zu begreifen und sie nicht als erste in die Isolation zu schicken und als letzte wieder aus dieser heraus zu holen. Junge Menschen brauchen gerade in der Krise unabhängige Anlaufstellen für ihre Beschwerden und Anliegen. Diese müssen uneingeschränkt zur Verfügung gestellt und dürfen nicht gerade jetzt für andere Aufgaben abgezogen werden.
- Nach der Pandemie müssen die getroffenen Entscheidungen von Politik und Verwaltung evaluiert werden. Nur so ist ein Lernen aus der Krise möglich. Die – auch mittel- und langfristigen – Auswirkungen auf Kinder und Jugendlichen sind dabei gesondert zu analysieren und geeignete Kompensationsmaßnahmen zu ergreifen. Dazu gehören unter anderem:
 - Die Verstärkung von Bildungsungerechtigkeiten durch fortgesetztes Home-Schooling darf sich nicht dauerhaft festsetzen.
 - Existentielle Bedrohungen junger Menschen durch Auslaufen befristeter Verträge, Kündigung von Ausbildungsplätzen, Wegfall von Minijobs, niedriges Kurzarbeitergeld etc. müssen aufgefangen werden, die Folgen der Krise dürfen nicht auf die ohnehin bereits Benachteiligten abgewälzt werden. Junge Menschen haben sonst keine Zukunftsperspektive.
 - Die Auswirkungen auf den Kinderschutz und die seelische Gesundheit von jungen Menschen müssen umgehend analysiert werden. Notwendige Unterstützungsleistungen werden jungen Menschen schnellstmöglich und unbürokratisch zur Verfügung gestellt.
- Corona beherrscht aktuell unsere Gesellschaft, irgendwann hoffentlich werden wir das Virus überwunden haben. Andere wichtige Themen treten vielleicht gerade in den Hintergrund, aber sie verschwinden nicht und lösen sich auch nicht von selbst. Themen wie Klimaveränderung, die Situation Geflüchteter an den EU-Außengrenzen und in den Lagern in Griechenland und die Ausbreitung rechtspopulistischer Positionen in unserer Gesellschaft müssen jetzt wieder auf die Agenda gesetzt werden.

NEIN zu Verschwörungstheorien und Fake News

Wir haben uns in den ersten Wochen der Pandemie und des damit zusammenhängenden umfassenden Shutdowns bewusst mit öffentlichen Äußerungen zurückgehalten, da uns klar ist, dass sich in dieser Situation alle, Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, sortieren und neue Formen des Zusammenlebens aushandeln müssen. Die vergangenen Wochen aber haben uns ernüchtert und uns deutlich gemacht, dass wir jetzt – auch wenn sich die ersten Lockerungen zeigen – unsere Stimme erheben müssen für die Interessen junger Menschen.

Diese Interessen werden nicht vertreten von all denjenigen, die lautstark und in leider immer größerer Zahl angeblich für Grundrechte und Meinungsfreiheit demonstrieren, dabei aber vor allem Verschwörungstheorien und Fake News verbreiten, Hygiene- und Abstandsregeln bewusst missachten und zu deren Missachtung aufrufen und es vor allem darauf anlegen, die Gesellschaft zu spalten. Von all diesen Gruppen distanzieren wir uns entschieden!

Dieses Positionspapier wurde vom KJR-Vorstand am 11.05.2020 beschlossen.